

N i e d e r s c h r i f t

**über die. 22. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 12.02.2019, um 20:00 Uhr im Lindener Ratsstuben, Sitzungssaal**

Stadtverordnetenvorsteher

Herr Ralf Burckart

Stadtverordnete/r

Herr Jürgen Arnold
Herr Hans Bausch
Frau Anneliese Bork
Frau Ellen Buchborn-Klos
Frau Renate Geiselbrechtinger
Herr Axel Globuschütz
Frau Dr. Michaela Goll
Herr Georg Granzer
Herr Dieter Haggenmüller
Herr Dirk Hansmann
Herr Volker Heine
Herr Frank Hille
Herr Wolfgang Hoth
Frau Gisela Koch
Frau Gudrun Lang
Frau Karin Lenz
Herr Dr. Ulrich Lenz
Herr Manfred Leun
Herr Hendrik Lodde
Herr Friedel Löser
Frau Silva Lübbers
Frau Antje Markgraf
Herr Uwe Markgraf
Herr Burkhard Nöh
Herr Peter Reinwald
Herr Frank Rippl
Herr Joachim Schaffer
Frau Franziska Schaffer-Gawenda
Herr Dirk Schimmel
Herr Dr. Christof Schütz
Herr Fabian Wedemann
Herr Lothar Weigel
Frau Alisha Weitze
Frau Sigrid Weitze
Herr Dr. Heinz-Lothar Worm

Magistrat

Herr Thomas Altenheimer
Herr Norbert Arnold
Frau Petra Braun
Herr Sven Deeg
Herr Wolfgang Gath
Herr Jörg König
Herr Reinhold Krapf
Herr Gerhard Trinklein
Herr Michael Wolter

Ausländerbeiratsvorsitzender

Herr Abraham Abrahamian

von der Verwaltung

Herr Frank Hölzel
Herr Patrick Retzer

Protokollführer/in

Herr Andreas Zenkert

Presse

Herr Stefan Schaal
Herr Thomas Wißner

Abwesend:

Stadtverordnete/r

Herr Tim-Ole Steinberg

Entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung des Protokolls
- 3 Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
- 4 Berichterstattung durch den Magistrat

Beschlüsse

- 5 Verleihung einer Ehrenbezeichnung
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0084/16-21 -
Vorlage: /0084/16-21
- 6 Beschluss über die Gültigkeit der Bürgermeisterwahl vom 09.12.2018
- 7 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung Prostitutionsschutzgesetz (ProstSchG)
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0082/16-21 -
Vorlage: /0082/16-21
- 8 Wegeverlegung Grube Fernie - Fraktionsantrag Nr. FA/067/16-21 -
Vorlage: FA/067/16-21
- 9 Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Stadt Linden sowie den Wirtschaftsplan der Stadtwerke der Stadt Linden für das Jahr 2019
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0081/16-21
Vorlage: /0081/16-21

Mitteilungen und Ergebnisse zu vorliegenden Prüfanträge / Anfragen

- 10 Anfragen nach § 16 b der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Burckart eröffnet die 22. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung gemäß der Geschäftsordnung der Stadt Linden fest. Die vorgeschriebene Veröffentlichung in den Lindener Nachrichten ist erfolgt und die Stadtverordnetenversammlung ist mit 36 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

Er begrüßt zunächst die Zuhörer, den Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Herrn Abrahamiam, die Vertreter des Magistrats und der Presse, sowie alle Parlamentarier.

Anschließend gratuliert er allen Parlamentariern, Jubilaren und Magistratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten. Im Besonderen gratuliert er Stadtverordnete Sigrid Weitze zu ihrem 60. Geburtstag, Stadtverordnete Alisha Weitze zu ihrem 30. Geburtstag und Stadtverordneten Frank Hille zum 60. Geburtstag.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart bitten den Saal sich zu erheben und verliest den Werdegang von dem kürzlich verstorbenen Ehrenstadtverordneten Hans-Eberhard. Anschließend bittet er um eine Schweigeminute und gedenkt dem Verstorbenen.

Zur Tagesordnung ergeben sich keine Änderungen.

Zu TOP 2 Feststellung des Protokolls

Herrn Stadtverordnetenvorsteher Burckart liegen keine Einwendungen vor.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis:

CDU:	14 Ja-Stimmen
SPD:	10 Ja-Stimmen
FW:	6 Ja-Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen	4 Ja-Stimmen
FDP:	2 Ja-Stimmen

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

Zu TOP 3 Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

Stadtverordnetenvorsteher Burckart ruft zuerst den Antrag der SPD, dann den Antrag der FDP und abschließend den erst gestern Abend eingereichten Antrag von B90/Die Grünen. Die Anträge werden nicht verlesen, für die Zuhörerinnen und Zuhörer wurden ausreichend Exemplare zur Verfügung gestellt. Er erteilt Bürgermeister König das Wort zur Beantwortung.

Bürgermeister König verliest die Antwort zu dem Antrag der SPD.
Stadtverordnete Lang möchte wissen, ob Fördergelder beantragt, diese eingegangen und eingearbeitet wurden.

Bürgermeister König antwortet, dass es keine Zuschüsse für den Breiten Weg gibt. Die Straße gehört zusammen abgerechnet und wurde 2016 im Haushalt eingestellt als ganze Maßnahme eingestellt. Eine entsprechende Expertise wird mit der Kommunalaufsicht geklärt.

Stadtverordneter Dr. Lenz informiert das Parlament über die damals beantragte Förderung, die aufgrund der Sachlage beantragt wurde, weil noch nicht klar war, ob es eine Landesstraße oder eine Kommunalstraße werden wird.

Bürgermeister König verliest die Antwort zu dem Antrag der FDP.

Stadtverordneter Reinwald erkundigt sich, ob die Förderquote eingefordert wurde.

Bürgermeister König bestätigt die Förderfähigkeit. Somit kommen nur Mehrkosten in Höhe von 170.000, - Euro auf die Stadt Linden zu.

Bürgermeister König verliest die Antwort zu dem Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen. Er gibt bekannt, die Antwort noch zu veröffentlichen.

Stadtverordneter Dr. Schütz bemüht sich die Fristen einzuhalten. Er beruft sich auf einen gestrigen Termin mit dem Regierungspräsidium und der Verwaltung.

Bürgermeister König ergänzt seine Ausführungen und gibt bekannt alle Eltern automatisch angeschrieben zu haben mit der Bitte den Bedarf anzumelden. Dort gibt es keine Rückmeldungen, es sei denn es herrscht sofortiger Bedarf.

Zu TOP 4 Berichterstattung durch den Magistrat

Kirchengebäude Bahnhofstraße 2a

Das Kirchengebäude wurde vom Dekanat der evangelischen Kirche der Stadt Linden angeboten. Das Gebäude wurde begutachtet. Die Folgekosten müssen nun betrachtet werden, damit die Erhaltung auch gewährleistet ist.

Projekt Linden 2036

Die Bürgerbefragung ist abgeschlossen. Die Auswertung ergab eine Beteiligung von 279 auswertbaren Fragebögen. Es werden ca. 4,5 Monate bis zum Abschluss des Vorgangs angestrebt. Es werden weitere Zusammenkünfte der Parlamentarier sowie Bürgerinnen und Bürger stattfinden um ein praxisnahes Konzept zu entwickeln.

Beschlüsse

Zu TOP 5 Verleihung einer Ehrenbezeichnung - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0084/16-21 - Vorlage: /0084/16-21

Bürgermeister König verliest die Magistratsvorlage und begründet sie hinreichend.

Stadtverordneter Wedemann berichtet über eine einstimmige Beschlussempfehlung mit 9 Ja-Stimmen der Magistratsvorlage seitens des Haupt- und Finanzausschusses.

Es gibt keine Wortmeldungen zu der Vorlage.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart ruft zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf Empfehlung des Magistrates:

Der Stadtverordnete, Herr Uwe Markgraf, wird aufgrund seiner 20-jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit die Ehrenbezeichnung „Ehrenstadtverordneter“ verliehen.

Abstimmungsergebnis:

CDU:	14 Ja-Stimmen
SPD:	9 Ja-Stimmen
FW:	6 Ja-Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen:	4 Ja-Stimmen
FDP:	2 Ja-Stimmen

Stadtverordneter Uwe Markgraf nimmt an dieser Abstimmung nicht teil.

Die Magistratsvorlage zur Verleihung einer Ehrenbezeichnung wird einstimmig beschlossen.

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

Im Anschluss an die Abstimmung überreicht Stadtverordnetenvorsteher Burckart Herrn Ehrenstadtverordneten Uwe Markgraf sein Präsent und die Urkunde.

Zu TOP 6 Beschluss über die Gültigkeit der Bürgermeisterwahl vom 09.12.2018

Stadtverordnetenvorsteher Burckart erteilt dem besonderen Gemeindewahlleiter Herrn Retzer das Wort.

Herr Retzer erläutert ausführlich und erschöpfend den Vorgang der Bürgermeisterwahl. Es sei alles form- und fristgerecht eingereicht, veröffentlicht und durchgeführt worden. Er präsentiert das Wahlergebnis der beiden Kandidaten und äußert sich enttäuschend über die schlechte Wahlbeteiligung.

Einwendungen und Widersprüche bezüglich des Wahlergebnisses während der Bekanntmachung sind bis dato nicht eingegangen. Auch der Wahlausschuss hatte keinerlei Einsprüche und Bedenken bei der Zulassung der Kandidaten sowie bei der Feststellung des Endergebnisses.

Er dankt allen Beteiligten und Verwaltungsmitarbeitern für die gute Unterstützung und den reibungslosen Ablauf der Wahl.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart regt zur Abstimmung an.

Die Gültigkeit der Bürgermeisterwahl vom 09.12.2018 wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

CDU:	14 Ja-Stimmen
SPD:	10 Ja-Stimmen
FW:	6 Ja-Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen:	4 Ja-Stimmen
FDP:	2 Ja-Stimmen

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

Zu TOP 7 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung Prostitutionsschutzgesetz (ProstSchG) - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0082/16-21 - Vorlage: /0082/16-21

Bürgermeister König verliest die Magistratsvorlage und begründet sie hinreichend.

Stadtverordneter Wedemann berichtet über eine einstimmige Beschlussempfehlung mit 9 Ja-Stimmen der Magistratsvorlage seitens des Haupt- und Finanzausschusses.

Es gibt keine Wortmeldungen zu der Vorlage.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart ruft zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf Empfehlung des Magistrats, der Aufgabenübertragung nach § 1 Abs. 1 der Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten für den Vollzug des Pros-

tituiertenschutzgesetzes –ProstSchGZustV-) an den Landkreis Gießen im Rahmen von interkommunaler Zusammenarbeit zuzustimmen.

Zur Aufgabenübertragung ist mit dem Landkreis Gießen eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach § 1 Abs. 2 ProstSchGZustV nach Maßgabe des beigefügten Entwurfes abzuschließen.

Der Magistrat wird mit dem Abschluss dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung und mit der Beantragung von Fördermitteln nach der Rahmenvereinbarung zur Förderung interkommunaler Zusammenarbeit beim Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

CDU:	14 Ja-Stimmen
SPD:	10 Ja-Stimmen
FW:	6 Ja-Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen:	4 Ja-Stimmen
FDP:	2 Ja-Stimmen

Die Magistratsvorlage wird einheitlich beschlossen.

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

Zu TOP 8 Wegeverlegung Grube Fernie - Fraktionsantrag Nr. FA/067/16-21 - Vorlage: FA/067/16-21

Stadtverordneter Heine bringt den gemeinsamen Fraktionsantrag zur Grube Fernie ein.

Stadtverordneter Nöh berichtet über eine mehrheitliche Beschlussempfehlung mit 5 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen für den gemeinsamen Fraktionsantrag seitens des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt.

Stadtverordnete Lenz gibt bekannt, dass die CDU dem Antrag nicht zustimmen wird. Der Naturschutz spielt eine große Rolle. Die Grube Fernie hat das Prädikat „Gut“ und man sollte die heimischen Hölzer erhalten, denn sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Auch für den Angelsport sollte der Ort so erhalten bleiben, wie er ist. Für die CDU ist die Grube Fernie unantastbar.

Stadtverordneter Hille erwartete eine fundierte Begründung für die Wegeverlagerung doch sie folgte nicht in der heutigen Sitzung. Er zitiert aus dem Wahlkampfflyer der SPD folgenden Satz: „Gute Politik muss auf die Bürger hören und sich ständig weiterentwickeln“. Er wirft der Fraktion vor, genau dies nicht zu tun. Sie lassen die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger außer Betracht. Er fordert auf, mit offenen Augen um die Grube Fernie zu gehen und die dort hängenden Flyer zu betrachten. Bürgerinnen und Bürger, die sich nun politisch interessieren und engagieren. Um nachvollziehen zu können, wer für die Belange der Bürgerinnen und Bürger einsteht, beantragt Stadtverordneter Hille eine namentliche Abstimmung.

Stadtverordnete Lang stellt klar, dass es genug Bürgerinnen und Bürger gebe, die für die Wegeverlagerung sind und diese würde die Fraktion ebenfalls vertreten. Diese Stimmen seien nur nicht so laut wie andere.

Stadtverordneter Reinwald erklärt ebenfalls, dass es nicht nur die Stimmen derer gibt, dessen Unterschriften Bürgermeister König gesammelt hat, sondern genug Befürworter der Maßnahme. Die Grube Fernie ist „gut“ aber eben nicht „sehr gut“ und deswegen steht die Fraktion hinter diesem Antrag um dies zu erreichen. Des Weiteren wäre es kein so großer Eingriff wie es hier stellenweise dargestellt wird. Diese Maßnahme wird die Grube Fernie aufwerten.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Linden beschließt:

Der Magistrat beauftragt HessenForst, die Veränderung des Rundweges um die Grube Fernie auf der Basis des vor Ort und im federführenden Ausschuss dargestellten Konzeptes (Verlegung des Fußweges, Sicherstellung des barrierefreien Zugangs, Erstellung einer Aussichtsplattform und Schaffung von Flachwasserzonen) durchzuführen.

Es erfolgt eine namentliche Abstimmung die diesem Protokoll im Anhang beigelegt ist.

Abstimmungsergebnis:

CDU:	14 Nein-Stimmen
SPD:	10 Ja-Stimmen
FW:	5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme
Bündnis 90/Die Grünen:	4 Ja-Stimmen
FDP:	2 Ja-Stimmen

Der Fraktionsantrag wird mehrheitlich beschlossen.

Ja:	21
Nein:	15
Enthaltung:	0

Zu TOP 9 Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Stadt Linden sowie den Wirtschaftsplan der Stadtwerke der Stadt Linden für das Jahr 2019 - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0081/16-21 Vorlage: /0081/16-21

Stadtverordnetenvorsteher Burckart ruft zuerst die Ausschüsse und ihre Beschlussempfehlungen zu den einzelnen Anträgen auf.

Stadtverordnete Dr. Goll berichtet folgende Empfehlungen aus dem Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur:

- Für den Antrag Nr. 1, Erweiterung Sandsportfeld, gab es eine einstimmige Beschlussempfehlung.
- Für den Antrag Nr. 4, Trimm Dich Pfad, gab es eine einstimmige Beschlussempfehlung.
- Für den Antrag Nr. 11, Ferienspiele, gab es eine einstimmige Beschlussempfehlung.

Stadtverordneter Nöh berichtet folgende Empfehlungen aus dem Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt:

- Für den Antrag Nr. 2, Planungskosten zur Erweiterung des P & R Angebotes am Bahnhof, gab es eine einstimmige Beschlussempfehlung mit 4 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen.
- Für den Antrag Nr. 3, Planungskosten Sanierung Stadthalle, gab es eine einstimmige Beschlussempfehlung mit 4 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen.

Stadtverordneter Wedemann berichtet folgende Empfehlungen aus dem Haupt- und Finanzausschuss:

- Für den Antrag Nr. 3, Planungskosten Sanierung Stadthalle, gab es keine Abstimmung und somit keine Beschlussempfehlung.
- Für den Antrag Nr. 2, Planungskosten zur Erweiterung des P & R Angebotes am Bahnhof, gab es eine einstimmige Beschlussempfehlung mit 4 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen.
- Für den Antrag Nr. 13, Schattenspender Planschbecken, gab es keine Abstimmung und somit auch keine Beschlussempfehlung.
- Für den Antrag Nr. 5 + 10, Digitalisierung der Verwaltung und „Smart City“, gab es nach der Zusammenlegung beider Anträge eine einstimmige Beschlussempfehlung für das Einstellen von 50.000,- Euro im Haushalt.

- Für den Antrag Nr. 6, Erneuerung von Feldwegen, gab es eine einstimmige Beschlussempfehlung.
- Für den Antrag Nr. 7, Instandhaltung von Straßen, gab es keine Abstimmung und somit auch keine Beschlussempfehlung.
- Für den Antrag Nr. 12, Instandhaltung von Straßen und Fußwegen, wurde zurückgezogen.
- Für den Antrag Nr. 8, Verkehrskonzept, gab es keine Abstimmung und somit auch keine Beschlussempfehlung.
- Für den Antrag Nr. 11, Ferienspiele, gab es eine einstimmige Beschlussempfehlung.
- Für den Antrag Nr. 14, Betrieb eines Bürgerbusses, gab es keine Abstimmung und somit keine Beschlussempfehlung.
- Die Änderung des Stellenplans wird noch abgewartet. Hier möchte man zuerst das Organisationsgutachten abwarten und den Stellenplan anschließend anpassen. Die im Stellenplan derzeit aufgeführte A11 Stelle wird vorerst aus herausgenommen.

Bürgermeister König appelliert an alle Parlamentarier darauf zu achten, dass der Haushalt nicht ins Negative rutscht und somit die Kommunalaufsicht auf den Plan ruft.

Bevor die Haushaltsreden beginnen, ruft Stadtverordneter Burckart die Abstimmung der einzelnen Anträge auf:

Antrag Nr. 1, Erweiterung Sandsportfeld, wird einstimmig mit 36 Ja-Stimmen angenommen

Antrag Nr. 2, Planungskosten zur Erweiterung des P & R Angebotes am Bahnhof, wird einstimmig mit 36 Ja-Stimmen angenommen.

Antrag Nr. 3, Planungskosten Sanierung Stadthalle, wird einstimmig mit 35 Ja-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

Antrag Nr. 4, Trimm Dich Pfad, wird einstimmig mit 36 Ja-Stimmen angenommen.

Antrag Nr. 5, Digitalisierung, wird einstimmig mit 36 Ja-Stimmen angenommen.

Antrag Nr. 6, Erneuerung von Feldwegen, wird einstimmig mit 35 Ja-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

Antrag Nr. 8, Verkehrskonzept, wird einstimmig mit 36 Ja-Stimmen als Text in den Haushalt mit aufgenommen. Es werden keine zusätzlichen Mittel eingestellt.

Antrag Nr. 9, Änderungen zum Stellenplan, es erfolgt keine Abstimmung. Der Vorgang bleibt im Geschäftsgang. Die A 11er Stelle wird noch herausgenommen. Die Abstimmung über die Herausnahme aus dem Stellenplan wurde mit 36 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Antrag Nr. 11, Ferienspiele, wird einstimmig mit 36 Ja-Stimmen angenommen.

Antrag Nr. 12, Instandhaltung von Straßen und Fußwegen wird einstimmig zurückgenommen.

Antrag Nr. 13, Schattenspender Planschbecken, wird mehrheitlich mit 31 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen angenommen.

Antrag Nr. 14, Bürgerbus, wird einstimmig mit 36 Ja-Stimmen und einem Sperrvermerk angenommen.

Antrag Nr. 7, Instandhaltung von Straßen, wird einstimmig mit 36 Ja-Stimmen mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 250.000,- Euro eingestellt.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart eröffnet die Haushaltsreden. Es beginnt die zahlenmäßig kleinste Fraktion und geht dann nach Fraktionsstärke entsprechend weiter.

Stadtverordneter Reinwald von der FDP beginnt, anschließend folgen B90/DIE GRÜNEN, die FW, die SPD und zum Schluss die CDU. Die Haushaltsreden werden im Anhang an dieses Protokoll beigelegt.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart bedankt sich für die konstruktiven und interessanten Haushaltsreden. Ebenfalls bedankt er sich bei der Verwaltung für die Erstellung des Haushalts und das Zurverfügungstellen der notwendigen Unterlagen. Anschließend verkündet er die vorläufige Summe. Diese beläuft sich auf ca. 234.000, - Euro auf der Haben-Seite.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart regt nun zur Abstimmung des Haushalts an:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig das dem Haushalt 2019 beigefügte Investitionsprogramm für die Jahre 2019 bis 2022 in der Fassung vom 12.02.2019.

Abstimmungsergebnis:

CDU: 14 Ja-Stimmen
SPD: 10 Ja-Stimmen
FW: 6 Ja-Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen: 4 Ja-Stimmen
FDP: 2 Ja-Stimmen

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig die beigefügte Haushaltssatzung für das Jahr 2019 mit ihren Anlagen in der vom Magistrat am 13.12.2018 festgestellten (und von der Stadtverordnetenversammlung) veränderten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

CDU: 14 Ja-Stimmen
SPD: 10 Ja-Stimmen
FW: 6 Ja-Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen: 4 Ja-Stimmen
FDP: 2 Ja-Stimmen

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig den beigefügten Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2019 in der vom Magistrat am 13.12.2018 festgestellten (und von der Stadtverordnetenversammlung) veränderten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

CDU: 14 Ja-Stimmen
SPD: 10 Ja-Stimmen
FW: 6 Ja-Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen: 4 Ja-Stimmen
FDP: 2 Ja-Stimmen

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

Mitteilungen und Ergebnisse zu vorliegenden Prüfanträge / Anfragen

**Zu TOP 10 Anfragen nach § 16 b der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung
und die Ausschüsse der Stadt Linden**

Es liegen keine weiteren Anträge vor.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart schließt die Sitzung um 22:05 Uhr.



Stadtverordnetenvorsteher Ralf Burckart



Protokollant Andreas Zenkert

Nr.	Name	Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
1	Burckart	Ralf		X	
2	Arnold	Jürgen		X	
3	Bausch	Hans	X		
4	Bork	Anneliese		X	
5	Buchborn-Klos	Ellen	X		
6	Geiselbrechtinger	Renate	X		
7	Globuschütz	Axel	X		
8	Dr. Goll	Michaela	X		
9	Granzer	Georg	X		
10	Haggenmüller	Dieter		X	
11	Hansmann	Dirk	X		
12	Heine	Volker	X		
13	Hille	Frank		X	
14	Hoth	Wolfgang		X	
15	Koch	Gisela		X	
16	Lang	Gudrun	X		
17	Lenz	Karin		X	
18	Dr. Lenz	Ulrich		X	
19	Leun	Manfred	X		
20	Lodde	Hendrik		X	
21	Löser	Friedel	X		
22	Lübbers	Silva	X		
23	Markgraf	Antje	X		
24	Markgraf	Uwe	X		
25	Nöh	Burkhard		X	
26	Reinwald	Peter	X		
27	Rippl	Frank		X	
28	Schaffer-Gawenda	Franziska	X		
29	Schaffer	Joachim		X	
30	Schimmel	Dirk	X		
31	Dr. Schütz	Christof	X		
32	Steinberg	Tim-Ole	/	/	/
33	Wedemann	Fabian		X	
34	Weigel	Lothar	X		
35	Weitze	Alisha	X		
36	Weitze	Sigrid	X		
37	Dr. Worm	Lothar		X	
Gesamt:			21	15	0

Peter Reinwald

Finkenweg 47
35440 Linden

Tel. 06403-6709614
Fax 06403-6709910
Mail: p.reinwald@svb-reinwald.de

Haushaltsrede FDP am 12.02.2019

Sehr geehrter Herr

..... Ehrenstadtverordnetenvorsteher,

..... Bürgermeister,

.... liebe Bürgerinnen und Bürger aus Linden,

.... meine Damen und Herren hier im Saal,

Wir stimmen heute über einen ganz besonderen Haushalt ab. Denn wir wissen bereits jetzt, dass der Stellenplan, den wir verabschieden, nur Makulatur ist.

Alle Fraktionen haben Eingaben, Anträge und politische Wunschvorstellungen in diesen einfließen lassen. Wir, damit meine ich alle Fraktionen, tragen vielen politischen Erkenntnissen, aus dem vergangenen Bürgermeisterwahlkampf und den intensiven Diskussionen in den Haushaltsberatungen, Rechnung. Ich unterstelle uns allen nur beste Absichten und den Wunsch nach einer prosperierenden Stadt Linden. Jeder von uns - jede Fraktion - hat da sicherlich seine eigenen Vorstellungen, wie dies am besten gelingen kann.

Wie jedes Jahr, mussten wir in den zurückliegenden Beratungen erkennen, dass lediglich ca.30 % des Haushalts in unseren Händen liegt. Alles andere wird von höherer Stelle und durch Gesetzeslagen vorgegeben. Insofern möchte ich gar nicht auf einzelne Posten des Haushalts eingehen. Dies werden die mir folgenden Redner sicherlich noch zu Genüge tun.

Ich blicke lieber noch mal 2,5 Monate zurück.

Im Rahmen des damaligen Bürgermeisterwahlkampfes proklamierte die CDU ein perfekt bestelltes Haus - Heute wissen wir - Linden hat in den zurückliegenden 6 Jahren die Zukunft - verschlafen. Den Beweis haben Sie,

Herr Bürgermeister, selbst geliefert. Ihre im AEA verlesene Stellungnahme beschreibt mehr oder weniger hilflos, dass die von Ihnen geführte Verwaltung personell ausgeblutet ist und in den letzten 6 Jahren lediglich der Status Quo verwaltet wurde. Ihr Hinweis, dies sei politisch gewollt gewesen, werten wir, von der FDP, als Eingeständnis dieser Versäumnisse. Sie hatten 6 Jahre Zeit, eine moderne Verwaltung auf den Weg zu bringen. Sie hätten nachhaltig Personal fördern und aufbauen können. Sie hätten erste Schritte einer digitalen Verwaltung einsteuern können und müssen. Alles das, was umliegende Gemeinden mit weitaus schlechteren wirtschaftlichen Voraussetzungen schon lange eingeführt haben, haben Sie nicht angepackt.

Stattdessen haben Sie privaten Investoren (Bebauungsplan Nr. 67 „Östlich Eichendorfring/Am Arnsburger Weg“) den Steigbügel gehalten und deren Interessen vor die einer modernen Stadtentwicklung gestellt. Neue Mischgebiete, Gewerbegebiete oder sogenannte Urbane Gebiete haben Sie, mangels fehlender eigener Visionen, nicht entwickelt.

Sei's drum! Sie können sich ja auf die Fraktionen in diesem Haus verlassen. Wir haben dort den Finger in die Wunde gelegt, wo es notwendig war und in den Haushalt Projekte eingestellt, die längst überfällig waren (mehr Geld für Straßensanierung etc.) und Sie können jetzt aus dem Vollen schöpfen. Wohl gemerkt alles eine Leistung der Fraktionen dieses Hauses. Diesen Fraktionen ist bewusst, Sparen und sparsam Haushalten ist wichtig – Jedoch darf man bei aller Haushaltsdisziplin das Investieren nicht vergessen.

Lassen Sie mich bevor ich zum Ende meiner Rede komme noch mal auf die Erkenntnis des Tages zurückkommen.

„Dieser Haushalt den wir hier verabschieden, ist bei seiner Beschlussfassung schon überholt.“

Wir wissen alle, dass das in kurze vorzustellende Organisationsgutachten mehr als bestätigt, dass Linden in den letzten Jahren den Stillstand verwaltet hat. Mind. 12 Stellen fehlen in der Verwaltung. Linden ist altbacken, verstaubt und schlecht aufgestellt. Wir müssen erkennen, wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit. Ein mittelständisches Unternehmen wäre mit dieser Performance bereits vom Markt verschwunden.

Herr Bürgermeister - Ich hoffe, dass Sie die Zeichen der Zeit erkannt haben.

Der Bürger hat Ihnen, wenn auch knapp, eine 2. Chance gegeben. Ich fordere Sie auf, nutzen Sie diese 2. Chance. Packen Sie an, stellen Sie sich an die Spitze derer die wollen - an die Spitze derjenigen, die Linden wieder nach vorne bringen werden, führen Sie diese Stadt durch Engagement und Beispiel und machen Sie endlich eine Politik zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger. Mit diesem Haushalt und dem, was wir in den nächsten Beratungen zum Stellenplan beschließen werden, stellen wir die richtigen Weichen und geben Ihnen die notwendigen Mittel dazu.

Ob Sie den D-Zug Linden (Regionalexpress) zum ICE entwickeln können hängt stark von Ihnen ab.

Die FDP wird dem Haushalt für 2019 in dieser Form zustimmen.

Last but not least, möchte ich mich bei allen Personen bedanken die in Verwaltung und Politik an diesem Haushalt gearbeitet haben.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung gilt unser besonderer Dank.

Danke!

Peter Reinwald

Fraktionsvorsitzender



Herr Stadtverordnetenvorsteher, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Haushaltsdebatten stellen die – soll ich das Wort wirklich in den Mund nehmen: „Königs“-Disziplin des Parlaments. Hier kommt zur Sprache, findet zum Ausdruck, zeigt sich schwarz auf weiß, wie eine Gemeinde dasteht, wie viele Ressourcen sie hat, wofür sie sich interessiert, was ihr ein Anliegen ist.

Und manchmal findet sich auch genau das --- nicht.

Wenn wir die Rahmendaten für unsere Zuhörer mal aufbereiten: wir reden über ein Volumen von ca. 25Mio€. Die Einnahmen kommen aus Steuern, Gebühren, Kostenerstattungen des Landes. Knöllchen, Miete, Pacht usw. Die fixen Ausgaben belaufen sich auf 20 Mio€, ca. 14Mio davon können wir als Kommune nicht beeinflussen (Kreis- und Schulumlagen) – dazu Personalkosten von rund 6 Mio€ . Dann bleiben knapp 5Mio, mit denen wir Handeln können. Davon müssen wir „den Rest managen“ – also alles andere, was zu bezahlen ist wie Strom, Wasser, Gas, Autos...

Zusätzlich zeigt sich, dass wir im Jahre 2018 einen Barmittelüberschuss von ca. 14 Mio€ haben. Klingt gut. Aber bevor da jetzt alle Euro-Zeichen in die Augen kriegen: Von diesem Geld sind bereits 2018 für mehr als 9Mio€ Ausgaben vorgesehen worden – die aber nicht getätigt wurden.

Das ist das Problem: Geld haben ist fein, aber man muss etwas damit machen. Wenn man das macht, was der alte und neue Bürgermeister macht – nämlich --- nichts, dann behält man das Geld, zahlt am Ende noch Zinsen an die Bank, dass man es dort parken darf - aber hat plötzlich Wartelisten von Kindern, die keine Kita besuchen können, obwohl der Gesetzgeber den Eltern einen Anspruch garantiert. Wie das kommt? Das müssen Sie den Bürgermeister fragen, der vor mehr als 2 Jahren allerhöchsten Zeitdruck machte, weil Plätze für Kinder fehlten. Ja, die fehlen heute noch. Jetzt sind es nur mehr Kinder. Und wo, Herr Bürgermeister, ist die seit 2016 geforderte Kita?

Ja, höre ich, das liegt dran, dass die „bösen Buben“ des Lindener Stadtparlaments so störende Dinge wie „gesetzeskonforme“ Auftragsvergaben einfordern, BQÜ verlangen, weil wir z.B. gerne Aufzüge hätten, die auch im ersten Stock der Kita einen Knopf haben, mit dem man ihn auch so richtig holen kann.

Der BM behauptet ja nun, er habe im Zusammenhang mit der Aktenführung und dem HVTG vieles gelernt; offenbar haben die letzten 6 Jahre aber nicht gereicht zu lernen, dass vom Zuwarten nichts gemacht ist. Sondern dass man es wollen und umsetzen

muss. Und Herr Bürgermeister – es sind nicht die Anderen Schuld. Das ist das Ergebnis Ihres – sollen wir es wirklich Arbeitsstil nennen?

Als wir im letzten HH die zweite WaldKita gefordert haben – da wurde uns entgegengehalten, dafür gebe es keinen Bedarf, die Eltern wollten das nicht. Hätten wir es letztes Jahr angefasst, hätten wir heute 20 Kinder weniger auf der Warteliste, Ja, aber die Bauernhof-Kita?! Weit und breit nicht in Sicht, so wenig wie die Tiere, die zum Bauernhof gehören. Aber sei's drum: davon reden wir seit Monaten. Allerdings: Ich sehe nicht, dass wir auch nur in der Nähe der Umsetzung sind.

Dann müssen wir darüber reden, was sich in diesem Haushalt nicht findet: Nämlich der Betrag, den das hochgepriesene Viadukt nun mehr kostet; das hätte man gerne gewusst – aber stattdessen „Königliches Schweigen“, wenn man so will.

Was wir allerdings auch wissen: Dass uns die Verzögerungstaktik der CDU in Sachen Anne-Frank-Schule mehr als 300.000€ gekostet hat: nur durch höhere Baukosten zum Vergleich mit der Ursprungsplanung. Und wenn die vier Fraktionen, die jetzt die Mehrheit in diesem Hause stellen, nicht Druck gemacht hätten – wir hätten wohl immer noch keinen Vertrag mit dem Kreis. Und keine Tribüne.

Ach ja – und dann wollen wir den Stellenplan nicht undiskutiert lassen.

So verliert der BM in der Sitzung des AEA, dessen Berechtigung er mit angeblichen juristischen Expertisen bezweifelt, auch noch eine Stellungnahme des Personalrats vor. Dieses unerhörte Vorgehen (der Verwaltungschef greift in öffentlicher Sitzung Presse und Parlament an) darf nicht unkommentiert bleiben.

DREI Vorwürfe lassen sich diesem Text entnehmen:

1. Die Mitarbeiter seien „persönlich“ und „öffentlich“ bloßgestellt worden, weil ihnen Fehler in der Aktenführung vorgeworfen wurden.

Dazu ist festzustellen: Wenn bei der Untersuchung von 7 Planungsvorgängen alle 7 mit gravierenden Fehlern, unvollständig oder gar rechtsfehlerhaft sind – wer ist dann verantwortlich?

Lassen Sie es mich an einem Beispiel verdeutlichen: Wenn in einer Klinik einem Pat. Schaden zugefügt wird, weil der Arzt keine ausreichende Ruhezeit hatte und übermüdet operiert hat: Wer ist verantwortlich? Der Arzt, der nachts nicht ins Bett kam? Nein, meine Damen und Herren, die Klinikleitung! Weil sie es verabsäumt hatte, ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen und Strukturen zu schaffen, die verhindern, dass ein übermüdeter Arzt in die Nähe eines Patienten kommt. Das nennt man „Organisationsverschulden“. Der Volksmund hat es auf den Punkt gebracht: Der Fisch stinkt vom Kopf!

2. Die Verwaltung werde durch Anträge der Fraktionen „überschwemmt“. Meine Damen und Herren, dieses Sprachbild kennen wir zur Genüge. Hier werden unterschwellige Katastrophenszenarien in die Formulierung gepackt. Merke: nicht die mangelhafte PersonalAUSSTATTUNG, nein, die Parlamentarier sind die Überschwemmungs-Katastrophe. Nein, meine Damen und Herren: Das sind wir nicht. Wir sind fleißige, wache, kritische und – ich betone das mit besonderem Vergnügen: inzwischen Mehrheitsfraktionen. Das mag dem einen oder Anderen unbequem sein – und als Katastrophe erscheinen. Aber, Herr Bürgermeister: Das ist parlamentarische Demokratie – und dazu gehört es, Anträge zu stellen.
3. Vorwurf: Lassen Sie mich einen Satz zitieren: „In der Vergangenheit war es so, dass ein Schwerpunkt der Politik auf Einsparungen bei den Personalkosten abzielte.“ Ja, meine Damen und Herrn – wer genau war denn in den letzten 42 Jahren für „die Politik“ dieses Hauses verantwortlich? Wer hatte die parlamentarische Mehrheit? Wer stellte den Verwaltungschef? Wer also ist verantwortlich für diesen Zustand? Das sollte jedem klar sein: SIE, meine Damen und Herren von der CDU, haben das zu verantworten. Sie, Herr BM, hatten sechs Jahre Zeit, diesen unhaltbaren Zustand zu erkennen, den Ihnen Ihr Vorgänger hinterlassen hat, dem Parlament darzulegen, welche Katastrophe sich da anbahnt – und was haben Sie getan? Ach, meine Damen und Herren, sie ahnen es bereits – gepflegt -- - nichts.

Nun warten alle gespannt auf das Orga-Gutachten – herzlichen Dank an die Kollegen von der SPD dafür! Wir haben am 2.2. ohne Kenntnis der Ergebnisse, aber auf Grund der Überzeugung, dass etwas geschehen muss, einen Antrag gestellt, mindestens 7 Stellen mehr zu schaffen. Und, schwupp-die-wupp, kommt am 4.2., weil der Magistrat nicht fristgerecht eingeladen wurde, eine BM-Vorlage mit 12,5 Stellen. Also er kann auch schnell, der Bürgermeister. Sinnvollerweise werden wir uns in Ruhe mit diesem Personaltableau befassen. Im Ausschuss haben wir vereinbart, dass die Ergebnisse bis zur HFA-Sitzung vor dem 9.4. vorliegen MÜSSEN, damit zeitnah die jahrelang verzögerten Beschlüsse getroffen werden können. Und wer spielt auf Zeit? Der Erste Stadtrat – möchte erst alle Personalgespräche abwarten. Nein – jetzt pressiert’s und jetzt muss „Butter bei die Fische“.

Und noch einen letzten Punkt müssen wir hier besprechen:

Inzwischen klärt sich auf Grund der Bilanzen, welche Werte die Stadt Linden hat und wie hoch der jährliche Wertverlust ist. Dieser Betrag liegt für Linden bei mehr als 1,1Mio€ im Jahr; Geld, das wir erwirtschaften müssen, um den Wert unserer Straßen, Gebäude, Computer usw. zu erhalten. Dafür müssen wir so viel Geld in die Hand nehmen, wie dort veranschlagt wird (ich will Sie jetzt nicht mit Auflösungen von SoPo nerven, das reduziert den Betrag etwas). Straßen müssen repariert, erneuert werden, Gebäude saniert. 2018 haben wir dafür 1Mio€ in den HH eingestellt – Sie dürfen raten, was davon gemacht worden ist. --- genau --- nichts,

Zum Glück gibt es in diesem Haus nun eine andere Mehrheit. Daher haben wir einen deutlich höheren Ansatz für Instandhaltung beschlossen.

Zum Glück können wir jetzt die Durchführung eines externen Verkehrsgutachtens festlegen, damit endlich Daten und Grundlagen zur Verfügung gestellt und die Basis für verantwortungsvolle Entscheidungen gelegt werden können.

Zum Glück haben wir nicht vergessen, dass Feldwege saniert, Feldholzinseln gepflegt und Ausgleichsmaßnahmen kontrolliert werden müssen.

Zum Glück wird mehr Geld in den HH des Jugendpflegers gestellt, damit auch neben der großen Japan-Reise noch Aktionen verwirklicht werden können.

Zum Glück wird die Planung eines Bürgerbusses in Angriff genommen – Volker Heine hat diese Idee bereits vor Jahren, Jahrzehnten eingebracht: Jetzt nähert sie sich der Umsetzung.

Zum Glück wird es mit uns dann eben im April eine ordentliche Entscheidung zum Stellenplan geben.

Meine Damen und Herren – dieser HH ist besonders, weil ihn eine neue Mehrheit geprägt und geformt hat. Und daher werden wir diesem, unserem Haushalt zustimmen.

Aber wir erwarten vom BM, dass er auch endlich beginnt das umzusetzen, was beschlossen wurde. Und in Zukunft statt Unterschriftenlisten zu sammeln seiner Aufgabe nachkommt, das Wohl dieser Stadt zu mehren.

Danke.

Stadtverordnetensitzung am 12. Februar 2019

Um das Ergebnis unserer Beratungen vorwegzunehmen, wir werden Haushaltssatzung, dem Stellenplan, und dem Haushaltsplan zustimmen.

Zum Zahlenwerk als solches möchten wir im Rahmen einer Analyse auf folgendes hinweisen:

Der Haushalt 2019 ist geprägt von

- a) **Erhöhungen** des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer und Umsatzsteuer in Höhe von insgesamt € **355-000,00 (5 %)**
- b) **Erhöhung der Gewerbsteuer** um € **800,00,00 (9 %)**
von 8,9 auf € 9,7 Mio.

Das Ausnahmejahr 2017 mit 13,7 Mio. war bedingt durch Nachzahlungen und Erhöhung der Vorauszahlungen der Gewerbesteuerpflichtigen.

- d) bei Beibehaltung des Ansatzes der Spielapparatesteuer von 2018 in Höhe von
in Höhe von € 1.010.00,00

Insoweit ist darauf hinzuweisen und zu erwähnen, das sind 58% der gesamten Grundsteuer bzw. 13,6 % des Gemeindeanteils an der Einkommens- und Umsatzsteuer

Bei der Spielapparatesteuer handelt es sich um eine örtliche Ertragssteuer, die vollständig im Gegensatz zu den anderen Steuern, steuerähnlichen Erträge und gesetzliche Umlagen in Linden vollständig verbleibt.

**Schlüsselzuweisungen / Zuweisungen des Landes von
€ 205,000,00.**

**Bedingt durch die hohen Gewerbesteuerzahlungen in 2017 und Ansatz in 2018 mit 0
vorgesehen**

Dem stehen Kostenerhöhungen

- a) In erster Linie bei den Personalaufwendungen einschl. Vorsorgeaufwendungen in Höhe von

€ 690.000,00

Oder 12,3 % gegenüber 2018 bzw.

Ausgehend von 2017

In zwei Jahren um mehr als 1,0 Mio. €

(in Zahlen ausgedrückt von 5,8 Mio. € in 2017 in der Planung 2019 auf jetzt rund 7,0 Mio. €)

Korrektur bzw. Ermäßigung bei

- d) Kreisumlage um

€ 700.000,00 (37,5%)

auf 7,2 Mio.

Anstieg

- e) der Schulumlage um 80.000,00

auf € 3.2 Mio. €

- e)) gleichbleibende Gewerbesteuerumlage von ca . € 1.630.000,00

Mit anderen Worten, die steuerlichen Umlagen/ges. Umlageverpflichtungen gegenüber Kreis aus der Kreis- Schulumlage in Höhe von 38 % bzw. 17 % und Bund und Land aus der Gewerbesteuerumlage betragen

insgesamt € 12.100.000,00.

Das sind unter Herausrechnung der Spielapparatesteuer unter Zugrundelegung der zur Verfügung stehenden Planungsdaten des Kommunalen Finanzausgleichs - ausgehend von der Umlagegrundlage von € 19,2 Mio. -

63 % .

II

An Investitionen aus dem Investitionsprogramm i. S. v. . von § 3 der GemHVO (also Finanzhaushalt sind – unter Ausklammerung des eingestellten Betrages von € 1,0 Mio. für Grundstücksankauf Nördlich Breiter Weg 2 BA

– ca. € 1,2 Mio.

Aus den Jahren **2017 und 2018 sind noch ausstehende in den jeweiligen Haushalten 2017 und 2018 beschlossene und abgesicherte Maßnahmen** einschl. Neubau **Kindergarten** und der **3 K-Straßen insgesamt**

Ca. 10,0 Mio. €

abzuwickeln, d.h.diese Mittel sind in der Sprache des **FC.Bayern München** im Festgeldkonto, in der Sprache des Haushaltsrechts bzw. des neu eingeführten Finanzstatusberichtes als Teil der **Liquiditätsreserve gebunden. Verteuerungen bei den einzelnen Maßnahmen sind noch nicht berücksichtigt (z.B... Neubau Bahnviadukt).** In den Kosten für den Neubau des Kindergartens sind Grundstückskosten noch einzustellen.

Nicht vorgesehen in **2019** – auch nicht nur nachrichtlich – sind **Rückflüsse von Straßenbeiträgen hier des 1. Bauabschnittes Breiter Weg.**

Auch in den nächsten Jahren wird es – ausgehend von gleichbleibenden Gewerbesteuerzahlungen keine nennenswerten Schlüsselzuweisungen geben. Die hängt im Wesentlichen mit der **Steuerkraftmesszahl der Stadt.** dem vom **Hessischen Minister der Finanzen** ermittelten **Grundbetrag** und der **Ausgleichsmesszahl** entsprechend des § 18 Abs. 3(Grundbetrag) des FAG(Kommunalen Finanzausgleichsgesetzes) und des zugrundeliegenden **Nivellierungshebesatzes** ab.

Ausblick

Es dürfte inzwischen bei jedem angekommen sein, dass die (hessischen) Kommunalfinanzen **nicht** krisenfest sind. Insoweit wird darauf hingewiesen, dass die Entwicklung der Einnahmen aus den Gemeindeanteilen an Einkommen- und Umsatzsteuer **zeigen**, dass die wichtigen Einnahmen **mindestens d.h. im günstigsten Fall eine Wachstumspause einlegen.**

Sorgen mache ich mir in der Zukunft hinsichtlich des Ausgleichs des

- Ergebnishaushaltes, dessen Ausgleich in Zukunft erschwert ist, und des
- Finanzhaushalts.

Bei steigenden

- **Personalaufwendungen** einschl. **Vorsorgeaufwendungen** , derzeit bei **7,0 Mio.**, soweit ich die allgemeinen Zuweisungen und Zuschüsse der Stadt für Betriebskosten von **dritten unterhaltene Kindergärten** in Höhe von **1,3 Mio.:** im Ergebnis als PA sehe, dann letztendlich sich die Kosten de **facto. über 8,0 Mio.** anwachsen ,
- Sach- und Dienstleistungen (3,1 Mio.)

- Höhere Abschreibungen in der Summe bedingt durch getätigte Investitionen (derzeit 1,1 Mio.) ohne Berücksichtigung **weiterer Abschreibungen** für den Zuschuss Anne Franck-Schule, Tribüne, neuer Kindergarten usw.)
- Wegfall der Straßenbeiträge durch Aufhebung der Straßenbeitragssatzung und weniger werdenden bzw. in der Zukunft ganz wegfallenden Erträge aus der **Auflösung des Sonderpostens Investitionsbeiträge** (derzeit € 175.000,00)
- Der notwendigen werdenden höheren Instandhaltungsaufwendungen für Straße und Gehwege, die sich im Ergebnishaushalt niederschlagen werden,

Fazit :

Wir haben keinen schnellen Zugriff auf diese von mir genannten Aufwendungen, insbesondere bei weiter steigenden Personalaufwendungen und dies bei sich abzeichnenden Rückgang unseren Haushalt speisenden Steuern aus der **Einkommenssteuer** und **Gewerbsteuer** bei prozentual dann steigenden Kreis- und Schulumlage, die derzeit mit profitiert haben an den in den letzten Jahren steigenden Erträge aus Steuern.

Meine Prognose in den nächsten Jahren,

- **sinkende Einnahmen und höhere Aufwendungen.**

Die Stadt Linden ist derzeit von der **wirtschaftlichen Entwicklung**, insbesondere der Gewerbesteuer und den **Einnahmen** aus der Spielapparatesteuer abhängig.

Bei **Wegfall** und **nicht möglichem Ausgleich** hat die Stadt **zwei Handlungsmöglichkeiten**

- 1) sie kann mit höheren Steuersätzen (Lieblungsthema **der Kommunen der Grundsteuer**) den Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit erhöhen. Allerdings können – und das sollten sie auch wissen oder auch nicht – können Steuern nicht zweckgebunden erhoben werden, , weil Steuern nach de gesetzlichen Definition nicht eine Gegenleistungen für eine besondere Leistung darstelle, d.h. Kreis- und Schulumlage partizipieren dann davon mit **54,5 %**
- 2) als **zweite** Möglichkeit und das ist die bequemere kommt die Kreditfinanzierung in Betracht. . Ergebnis ist u.U. eine steigende Verschuldung,
- 3) angesichts der Vorgaben zum Ausgleich des Finanzhaushaltes bedeutet das, die Stadt einen Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit in einer Höhe sichern muss, dass die ordentliche Tilgung der Kreditverpflichtungen gewährleistet ist,
- 4) auf den diesbezüglichen Erlass des RP vom 22.06.2018 darf ich Bezug nehmen (Tilgungsleistungen sind aus dem ordentlichen Haushalt zu finanzieren.

Bei jeder Investition sollten die mittel- und längerfristigen Folgen gründlich bedacht werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
zuerst einen herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der
Verwaltung für die übersichtliche Darstellung des Haushaltes.

Der Haushalt 2019 weist Einnahmen von 25.294.690 Euro aus.

Dies sind ca. 2,4 Mio. mehr als im Vorjahr.

Dies liegt zum einen an einer Steigerung der Einkommenssteuer und der
Gewerbsteuer.

Diese Entwicklung ist positiv, sollte jedoch beobachtet werden, da die
Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen in Linden
abnimmt, und sich das Verhältnis Ein- zu Auspendlern in den letzten 5
Jahren erheblich verschoben hat.

Die Erhöhung der Einnahmen ist unter anderem auf die wieder erfolgte
Schlüsselzuweisung des Landes und die Zuweisung zur Beitragsfreiheit für
6 Stunden für Kinder von 3-6 Jahren zurückzuführen.

Ob das Land damit die tatsächlich entstehenden Kosten deckt, oder die
Stadt die verbleibenden Kosten umverteilen muss, bleibt abzuwarten.

Dazu heißt es in der hessischen Verfassung im Artikel 137 (5):

Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Durchführung
ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im
Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Er stellt ihnen für ihre
freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende
Einnahmequellen zur Verfügung.

Im sechsten Satz § 137 heißt es:

„Werden die Gemeinden durch Landesgesetze zur Erfüllung staatlicher
Aufgaben verpflichtet, so sind Regelungen oder die Kostenfolgen zu
treffen. Führt die Übertragung neuer oder die Veränderung bestehender
eigener oder übertragener Aufgaben zu einer Mehrbelastung oder
Entlastung der Gemeinde, ist ein entsprechender Ausgleich zu schaffen.
Das Nähere regelt ein Gesetz.“

Im Jahr 2002 wurde das Konnexitätsprinzip in die hessische Verfassung
aufgenommen.

Wenn es einen Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem 1. Lebensjahr gibt,
so hat das Land dafür Sorge zu tragen, dass die Finanzierung übernommen
wird.

Auch für die unter Drei- Jährigen für die gesamte Betreuungszeit.

Die Finanzierung der Gemeindestraßen betrifft dies ebenfalls.
Im November 2018 wurde auf gemeinsamen Antrag von Bündnis 90 /
Grüne,
FDP, FW und der SPD die Abschaffung der Straßenbeiträge beschlossen.

Auch hier hat sich das Land aus der Verantwortung gestohlen, in dem es
den Kommunen ab dem 7.6.2018 die Wahlmöglichkeit gibt,
über die Erhebung von Straßenbeiträgen selbst zu entscheiden, ihnen aber
keine finanziellen Mittel zur Verfügung stellt.

Diese und andere weitreichenden Entscheidungen des Landes auf den
finanziellen Spielraum der Stadt Linden sind umzusetzen.
Die Daseinsvorsorge wird an die Städte und Gemeinden weiter gereicht.

Damit einher geht eine deutlich erhöhte Arbeitsbelastung der Mitarbeiter
der Verwaltung und eine Erhöhung des Stellenplanes.

Hier wurde in den letzten Jahren deutlich zu wenig gegen gesteuert.
Der Bürgermeister, als Chef der Verwaltung hat es versäumt, für eine
ausreichende Personaldecke zu sorgen.
Das Parlament wurde nicht über die prekäre Personalsituation nicht
ausreichend informiert.

Erst ein Antrag der SPD 2017 zur Beauftragung eines ORGA – Gutachtens
griff die Misere auf, um belegbare Zahlen zu erhalten.

Hier den Vorwurf zu erheben, die KOA diskreditiere die Verwaltung,
weisen wir entschieden zurück,
Auch wenn die CDU dies aus Wahltaktischen Gründen gerne verkündete.

Die personelle Situation hat der Bürgermeister als Chef der Verwaltung zu
verantworten.

In seiner Verantwortung liegt auch die unzureichende Betreuungssituation
Lindener Kinder.
Manchem erscheint es als Luxusproblem. Den betroffenen Eltern nicht!

Mit Änderung des Rechtsanspruchs vom 1.8.2013, in welchem jedem Kind ab dem 1. Lebensjahr einen Betreuungsplatz zusichert, war zu erwarten, dass die Platzkapazität erhöht werden muss.

Regelmäßige Anfragen im Ausschuss wurden gestellt, Wartelisten abgefragt, und Schadensbegrenzung in Form von Notgruppen betrieben. Eine Mitarbeiterin wurde mit wenigen Stunden mit der Lösung der Problematik betraut, was von der Fülle der Aufgaben nicht leistbar war.

Im November 2016 wurde der Bau eines Kindergartens mit Dringlichkeit beschlossen. Dieser ist zum heutigen Zeitpunkt noch nicht gebaut. So musste der Bürgermeister hier erfahren, dass verschiedenste Vergabekriterien einzuhalten sind.

Um die prekäre Situation der Betreuung zu lösen, wurde eine ganze Stelle für die übergreifende Koordination der Kitas eingerichtet. Hier bemüht sich die Mitarbeiterin mit viel Engagement, die Versäumnisse aufzuarbeiten und Lösungen anzubieten.

Auch der Bauhof wurde personell auf „Notbetrieb“ gefahren. So wies er bei Amtsantritt des Bürgermeisters mehr Stellen auf, als im Stellenplan 2018.

Dringend notwendige Arbeiten werden durch Saisonkräfte erledigt, Fachpersonal durch fachfremdes ersetzt.

Die Bauhofmitarbeiter versuchen im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihre Arbeit zu erledigen, stoßen aber, ob des fehlenden Personals an ihre Grenzen.

Die Liste der nicht erledigten Projekte lässt sich fortführen. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit möchte ich hier enden.

Wir erwarten uns von diesem Haushalt und dem demnächst weitergehenden Antrag zum Stellenplan eine zügige Abarbeitung der geplanten Projekte, besonders dem Bau der neuen Kita.

Wir erwarten eine zügige Besetzung der zu schaffenden neuen Stellen und damit eine Entlastung der Mitarbeiter/ innen.

Wir fordern eine rechtzeitige Information des Parlamentes über anstehende Entwicklungen und Transparenz bei Entscheidungsprozessen.

Die SPD Fraktion stimmt dem Haushalt zu.

Linden, 12.02.2019

Es gilt das gesprochene Wort

Rede zum Haushaltsplan 2019 CDU Fraktion Linden

Anrede

Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich den Dank meiner Fraktion an alle aussprechen, die bei der Erstellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 mitgewirkt haben.

Der CDU Fraktion ist bewusst, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung mit einer Fülle von Aufgaben beschäftigt sind. Für uns hat die Neuorganisation der Verwaltung, die den gewandelten Anforderungen und Aufgaben gerecht wird, eine hohe Priorität. Dazu werde ich im Verlauf meiner Rede weiter ausführen.

Allerdings ist bei dieser angesprochenen hohen Arbeitsbelastung der Umkehrschluss nicht statthaft, dass die Stadtverordnetenversammlung nun keine Beschlüsse mehr fassen solle, um so die Verwaltung zu entlasten. Weiterhin wird es Beschlüsse in dieser Stadtverordnetenversammlung geben, die nun mal mit Arbeitsaufträgen für die Verwaltung behaftet sind. Und auf der Grundlage der geltenden gesetzlichen Bestimmungen sind diese Aufträge auch mit hoher Priorität zu behandeln.

Appellieren möchte ich aber an das Augenmaß der hier vertretenden Fraktionen, ob immer alle Vorgänge in dieser vorliegenden Form auch notwendig sind. In diesem Zusammenhang werfe ich hier nur die Frage in den Raum, ob es denn wirklich notwendig ist den aktuellen Akteneinsichtsausschuss dermaßen in die Länge zu ziehen. Aus meiner Sicht hätten wir hier schon längst zu einem Abschluss kommen können und nicht die Verwaltung mit der Beantwortung immer neuer Fragen zu beschäftigen.

Der Akteneinsichtsausschuss hat aber auch zu einer weiteren sehr negativen Folge für unsere Verwaltung geführt. Durch unangebrachte Äußerungen von Stadtverordneten aus dem 4er Bündnis haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer Kompetenz zurückgesetzt und angegriffen gefühlt. Die öffentliche Stellungnahme der Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter aus der Verwaltung und das erstmalige Fernbleiben dieser Gruppe vom parlamentarischen Abend zeugen von dieser Verletztheit.

Meine Damen und Herren, mit Bildung des 4er Bündnisses ist der Ton rauher geworden, wenn sich dadurch aber Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung verletzt fühlen, zeigt das, dass ihr Ton eben nicht angebracht war.

Nach diesen sehr wichtigen Vorbemerkungen möchte ich auf den vorliegenden Haushaltsplan eingehen.

Dass es uns sehr gutgeht lässt sich an 3 Punkten ablesen:

1. Der Haushaltssatzung entnehmen wir, dass wir im Ergebnishaushalt ausgeglichen sind und keine Kredite aufnehmen müssen.
2. Der Aufstellung der Steueraufwendungen ist zu entnehmen, dass wir für Kreis- und Schulumlage ca 10 Mio € zahlen. Das ist einerseits natürlich betrüblich, andererseits aber ein guter Indikator, dass unsere Steuereinnahmen mehr als gut sind.
3. In den Rücklagen findet sich ein komfortables Finanzpolster.

Dies ist wiederum das Ergebnis einer soliden Finanzpolitik, wie sie die CDU Bürgermeister hier in Linden betrieben haben. Die Finanzpolitik der CDU hat immer auf die Konsolidierung des Haushaltes gesetzt. Profitieren tun davon unsere Bürgerinnen und Bürger. Das Leben ist hier bei einem umfassenden Angebot sehr preiswert. Vergleichen Sie doch bitte mal unsere Kindergarten- und sonstigen Gebühren oder die Grundsteuer mit anderen Kommunen im Landkreis. In Linden lebt man gut und günstig.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns aber auch vor Augen führen, dass die derzeit so guten Einnahmen durch die Gewerbesteuer nur von ganz wenigen Großeinzahlern abhängig sind. Sollten hier Änderungen eintreten oder sollte es der Wirtschaft insgesamt nicht mehr so gut gehen, können wir auch wieder schnell auf ein Gewerbesteuerereinnahmenniveau zwischen 2 und 3 Mio € zurückfallen.

Unsere derzeitige gute finanzielle Kraft müssen wir zukunftsorientiert zum Wohl aller einsetzen. Wir setzen große Hoffnung in das weiter zu entwickelnde Zukunftskonzept Linden 2036.

Und – als zweite wichtige Bemerkung- darf dieses komfortable Finanzpolster, wie es sich gegenwärtig darstellt, nicht dazu führen, dass wir das Füllhorn ausschütten. Nahezu 9 Mio € sind bereits für Leistungen festgelegt und nicht mehr verfügbar. Denken sie bitte daran: „Haushalte werden in guten Zeiten ruiniert!“

An diesem Punkt bietet sich ein kurzer Rückblick an. Meine Damen und Herren in 2018 haben wir viele zukunftsweisende Projekte in unserer Stadt auf den Weg gebracht.

Bahnviadukt, Kindergartenneubau, Buswendeschleife usw. Alles Projekte, die noch im Entstehen oder aber Fertiggestellt und noch nicht vollständig abgerechnet sind. Viele Arbeiten und Zahlungsverpflichtungen reichen auch in das aktuelle Jahr hinein.

Das vergangene Jahr brachte uns aber auch hier in Linden einen Umbruch in den politischen Verhältnissen. 4 Fraktionen schlossen sich vor der Bürgermeisterwahl und nach deren bekunden auch darüber hinaus zu einem Bündnis zusammen.

Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, gleichwohl das 4er Bündnis mit ihrem Bürgermeisterkandidaten klar gescheitert ist.

Geblieben ist aber die Frage wofür denn jede einzelne dieser 4 Fraktionen nunmehr noch stehen.

Die glühenden Befürworter der Verbreiterung des Viadukts (SPD) sitzen jetzt mit den ausgewiesenen Gegnern dieser Maßnahme in einem Bündnis. Die Wähler der Freien Wähler haben sich nun ohne es zu Wollen die FDP mit ins Boot geholt.

Was ist noch übrig geblieben von den Aussagen, die diese Parteien zur Kommunalwahl auf ihre Flyer geschrieben haben?

Es bleibt der kleinste gemeinsame Nenner. Ansonsten schiebt man sich reihum im 4er Bündnis die Geschenke zu. Die eine bekommt die Beschattung im Freibad und mehr Mittel für Ferienspiele, der andere bekommt nun endlich sein Verkehrsgutachten und der dritte seine Wegverlegung an der Grube Fernie.

Die Aufhebung der Straßenbeitragssatzung war ohne Zweifel richtig; nur sie haben es unbedingt ja noch im Bürgermeisterwahlkampf machen wollen. Selbst warnende Stimmen aus den eigenen Reihen, die auf die vielen ungeklärten Fragen hinwiesen, haben sie ignoriert. (Leun) Damit haben sie die betroffenen Bürger mit der offenen Rechtsfrage allein gelassen.

Meine Damen und Herren, die einzige Fraktion die kontinuierlich und verlässlich zu ihrer politischen Linie steht, die geschlossen zu ihrem Wort steht und geschlossen abstimmt und für alle berechenbar ist, ist die CDU Fraktion.!

Schauen sie sich die Vielzahl von Änderungsanträgen zum Haushalt aus dem 4er Bündnis an.

Ganz kurzfristig eingereicht, so dass eine fundierte Befassung der Ausschüsse gar nicht möglich war. Zum Teil doppelte Anträge. Auf jeden Fall aber hätten diese Anträge in Summe uns in ein bodenloses Minus gestürzt.

Wo hat es das hier in Linden schon mal gegeben, dass in der eigentlichen Haushaltsdebatte noch über Einzelmaßnahmen beraten werden muss und wir bis zur letzten Sekunde praktisch keine Gewissheit haben, ob wir denn einen ausgeglichenen Haushalt der Genehmigungsbehörde vorlegen können.

Einige ihrer Vorschläge sind sinnvoll und finden unsere Unterstützung wie z.B. den Bürgerbus. Bei anderen Vorschlägen haben wir starke Zweifel. Macht es zum jetzigen Zeitpunkt Sinn für 60.000 € ein Verkehrsgutachten separat zu erstellen, ohne die Planungsergebnisse der Stadtentwicklung Linden 2036 zugrunde zu legen? Aus unserer Sicht nicht. Wir gehen aber trotzdem diesen Weg mit ihnen, weil wir dann auch die Umsetzung der Ergebnisse dieser Untersuchung einfordern werden.

Beim Thema Digitalisierung haben wir wohl sehr ähnliche Ideen gehabt, so dass wir beide Anträge verschmelzen konnten.

Dankbar bin ich dem 4er Bündnis, dass sie die Anregung der CDU aufgenommen haben, Änderungen zum Stellenplan erst nach Vorlage des Organisationsgutachtens zu beraten. Meine Damen und Herren, wie ich eingangs meiner Rede bereits ausgeführt habe, muss die Verwaltung neu gegliedert und so für die Zukunft aufgestellt werden. Dazu ist bereits im Vorjahr ein Organisationsgutachten in Auftrag gegeben worden. Diese Ergebnisse müssen wir nun abwarten. Dann sind sie mit einer Bewertung und Empfehlung des Magistrats zu versehen und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen. Wir brauchen eine leistungsfähige Verwaltung, wir sind uns aber auch bewusst, dass Personalkosten im jährlichen Ergebnishaushalt zu erwirtschaften sind.

Abschließend möchte ich noch kurz die Änderungsanträge der CDU zum Haushalt ansprechen.

1. Die Erweiterung des Sandsportfeldes im Stadion ist mit Vertretern aller Vereine besprochen worden und bietet zukünftig den Handballern, Fußballern und Volleyballern bessere Sportmöglichkeiten.
2. Mit der Vergrößerung des P&R Angebotes am Bahnhof soll die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel weiter gesteigert werden.
3. Die Sanierung der Stadthalle ist jetzt bereits im Planungsstadium vorzubereiten, damit wir nach Fertigstellung der Sporthalle AFS direkt mit den Baumaßnahmen beginnen können und so unseren Sportler bald optimale Sportmöglichkeiten bieten zu können.
4. Der Trimm-Dich-Pfad bedarf einiger Arbeiten um weiterhin attraktiv zu bleiben
5. Und schließlich und endlich wollen wir unsere Verwaltung mit einem Digitalisierungskonzept zukunftsfähig machen.

Meine Damen und Herren, die CDU Fraktion wird stets dafür eintreten, dass das Haushaltsergebnis kein Defizit aufweisen. Wir wollen uns nicht in die Abhängigkeit der Vorgaben durch die prüfende Behörde begeben. Eine Stadt wie Linden, der es finanziell so gut geht, muss sich nicht in eine Haushaltskonsolidierung zwingen lassen, deren Ergebnis zwangsläufig eine Erhöhung von Gebühren und Abgaben wäre. Dafür steht die CDU nicht.

Dieser vorliegende Haushalt ist das Ergebnis einer soliden Finanzpolitik unseres Bürgermeisters.

Die Lindener Bürgerinnen und Bürger profitieren auch weiterhin von den zukunftsweisenden Investitionen und den sehr günstigen Gebühren und Steuern.

Ich ende mit dem Appell, dass wir mit unseren vorhandenen Finanzmitteln sorgsam und zukunftsorientiert umgehen müssen.

Lassen sie uns dies gemeinsam zum Wohle unserer Stadt tun.

Ich danke ihnen für ihre Aufmerksamkeit.